

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Michow.**  
Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 11. März 1919. N<sup>o</sup> 117.

Der Stadtrat für die Opfer Deutschböhmens. In der heutigen Stadtratsitzung brachte StR. Emmerling folgenden Antrag ein: Der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Böhmen hat leider Blutopfer gefordert. Es ist Pflicht aller Deutschen für die Hinterbliebenen dieser Opfer zu sorgen. Die Stadt Wien will ihren Teil dazu beitragen und widmet den Hinterbliebenen 10.000 Kronen. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Von den Volksbädern. Nach einem Berichte des StR. Körber wird die unentgeltliche Benützung der Volksbäder durch Volkswehrformationen am 2. Tage in der Woche genehmigt.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 11. März 1919. N<sup>o</sup> 118.

Die Beitragsleistung der Gemeinde Wien zur Kriegskredithilfe für das mittelständische Gewerbe. Der Zentralverband der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welcher als Zahlstelle der Kriegskredithilfe für das mittelständische Gewerbe fungiert, ist an den Magistrat mit dem Ersuchen herangetreten, die Beitragsleistung der Gemeinde für das erste Verwaltungsjahr an ihn zu überweisen. Als Ueberweisungssumme nennt er einen Betrag von 105.000 Kronen. Wie nun beim Zentralverbande erhoben wurde, sind die zur Einzahlung gelangten Gelder zusammengeworfen worden und es kämen dem säumigen beitragspflichtigen Faktor nicht nur die eigenen Interkalanzinsen, sondern auch die auf das nächste Verwaltungsjahr vorgetragenen, zur Deckung von Auslagen nicht verwendeten Zinsen der prompten Zahler zugute. Nun hat aber sowohl der Staat, als auch die Handels- und Gewerbekammer eine Beitragszahlung bisher noch nicht geleistet. Unter diesen Umständen spricht die gerechte Bedachtnahme auf das wirtschaftliche Interesse der Stadt Wien dafür, sich derzeit auf die Leistung jenes Betrages zu beschränken, der nach aller Voraussicht im ersten Verwaltungsjahre der Gemeinde Wien zur Last fallen wird. Das sind 42.500 Kronen. Ueber diesen Gegenstand berichtete in der heutigen Stadtratsitzung StR. Breuer und wurden folgende Anträge angenommen: Der Bericht des Magistrates über den hinsichtlich der Kredit-hilfsaktion für das kriegsbehaftete mittelständische Gewerbe im Geschäftsjahr 1919 von der Gemeinde voraussichtlich zu leistenden Zinsenzuschuss von 21.250 Kronen wird zur Kenntnis genommen, und der sofortigen Ueberweisung dieses Betrages an den Zentralverband zugestimmt.

Gemüse- und Kartoffelanbau durch die Gemeinde Wien. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete VB. Hoss über die Fortsetzung der Anbauarbeiten von Gemüse und Kartoffeln durch die Gemeinde Wien im laufenden Jahre. Für diesen Zweck hat das Stadtgarteninspektorat einen Kostenvoranschlag von 19.900 Kronen ausgearbeitet. Aus der Gesamteinsparung der Anbauaktion sollen 85% von Gemüse und Kartoffeln an die städtischen Waisenhäuser und Sanitätsanstalten, die restlichen 15% an das Gartenpersonale, sowie an Beamte des Bezirkswirtschaftsamtes zur Abgabe gelangen. Dieser Abgabe wurde zugestimmt.

Die Kohlenlieferungen nach Wien. Die tschechoslovakische Gesandtschaft in Wien hat Angaben über die Kohlenlieferungen der tschechoslovakischen Repu-

blik veröffentlicht, zu deren Beurteilung soweit sie sich auf die Belieferung Wiens beziehen, einige Aufklärungen notwendig sein dürften. Es ist wohl richtig, dass in Wien in der Zeit vom 14. Februar bis 2. März täglich über 170 Waggons Kohle à 10 t aus dem tschechoslovakischen Staate eingeführt wurden; doch umfasst diese Menge nicht nur den Bezug für Hausbrand, sondern auch jenen für die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke. Um beurteilen zu können, inwieferne diese Anlieferung einerseits der von der tschechoslovakischen Regierung übernommenen Lieferpflicht, andererseits dem Bedarf entspricht, seien nachfolgende Daten angeführt: Aus dem nordwestböhmischen Reviere bezog die Gemeinde Wien in der oben angegebenen Zeit durchschnittlich täglich 565 t gegenüber der vertragsmässig zugesicherten Menge von 2500 t. Der tägliche Bedarf für Hausbrandkohle, Gewerbe und Industrie (soweit letztere nicht waggonweise beliefert wird) stellt sich auf täglich mindestens 7410 t. Die städtischen Gaswerke erhielten in der angegebenen Zeit täglich 943 t gegenüber einer vertragsmässig zugesicherten Menge von 2750 t, während die normale Verbrauchsmenge noch weit höher ist. Die Elektrizitätswerke erhielten täglich im Durchschnitte 244 t gegenüber einer vertragsmässigen Lieferung von 914 t pro Tag. Diese Minderlieferung war für die Kohlenversorgung von Wien umso katastrophaler, als anschliessend daran der Bezug oberschlesischer Kohle durch die Grenzsperrre vollständig verhindert wurde und die Gas- und Elektrizitätswerke daher ausschliesslich, Hausbrand und Industrie aber nach Abrechnung des unbedeutenden Einlaufes an westfälischer Kohle und Koks fast vollständig auf den Bezug von Kohle aus dem tschechoslovakischen Staate angewiesen waren.

Zieht man in Betracht, dass der Bedarf der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke, sowie der Bedarf für Hausbrand, Industrie und Gewerbe während des ganzen Winters durch den Einlauf nicht gedeckt werden konnte, und eine vorzeitige Erschöpfung der weit unter dem Normalen befindlichen Vorräte nur durch eine ständige Verschärfung der Sparmassnahmen hinausgeschoben werden konnte, so kann es dem Urteile jedes Unparteiischen überlassen bleiben, ob die Klagen der Gemeinde über unzureichende Kohlenlieferungen aus dem tschechoslovakischen Staate gerechtfertigt sind oder nicht.

Die Entlohnung der Bauarbeiter in den Gaswerken. In der heutigen Stadtratsitzung stellte StR. Siegel folgenden Antrag, der der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt wurde: Den im städtischen Gaswerke beschäftigten Bauarbeitern sind unverzüglich dieselben Löhne zu zahlen wie sie diesen Arbeitern von privaten Unternehmern bezahlt werden müssen.

Die Sparmassnahmen. Im Stadtrate wurden heute nach einem Berichte des StR. Schmid die verschiedenen in der letzten Zeit notwendig gewordenen Einschränkungen von Gas und Elektrizität nach einer längeren Debatte zur Kenntnis genommen.